

Videokolumne „Rückblicke – unsere Aufsätze neu gelesen“

vom April 2017

**Werner Conze: Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach
1919, VfZ 1953, Heft 4**

Warum ist dieser Aufsatz von 1953 heute noch interessant?

Ich bin auf diesen Aufsatz aufgrund der aktuellen rechtsautoritären Entwicklungen in Ostmitteleuropa aufmerksam geworden. Sie werfen die Frage nach der historischen Basis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ländern wie Ungarn und Polen neu auf. Lange galt ja die hoffnungsvolle Parole von der „Rückkehr“ der Länder Ostmitteleuropas „nach Europa“. Die polnisch-amerikanische Ideenhistorikerin Irena Grudzińska-Gross hat indes schon 2014 darauf aufmerksam gemacht, dass die Metapher von der Rückkehr eine geistige Brücke zur Vorkriegsära schlagen und dabei eine Folge demütigender Erfahrungen ausklammern sollte: die von Krieg und Okkupation und die der kommunistischen Herrschaft von 1945 bis 1989 gleichermaßen. Das Ziel der Rückkehr sei als eine Epoche der Identität imaginiert worden. Aber um was für eine Identität geht es da, in welchem Europa kommt man an, wenn man diese Brücke in die Geschichte überquert? Leider nicht in einem geeinten, freien und demokratischen Europa. Überall in Ostmittel- und Südosteuropa,

mit der einzigen Ausnahme der Tschechoslowakei, dominierten damals rechtsautoritäre Regime.

Werner Conze hat nun schon 1953 in den Vierteljahrsheften einen skeptischen Blick auf die Demokratieentwicklung dieser Region geworfen. Zugleich hat er der optimistischen Sicht des polnisch-amerikanischen Historikers Oskar Halecki widersprochen. In dessen 1952 erschienenen Buch „Borderlands of Western Civilization“ wurde Ostmitteleuropa als eine Geschichtsregion definiert, die eindeutig zum Westen zu rechnen sei. Die Relektüre von Conzes Aufsatz gibt aber ebenfalls Anlass zu einer skeptischen Betrachtung, auch weil der Autor Jahrzehnte nach der Veröffentlichung wegen seiner Rolle im Dritten Reich ins Gerede gekommen ist.

Wer war der Autor?

Werner Conze war einer der einflussreichsten Historiker der sogenannten alten Bundesrepublik. Er lebte von 1910 bis 1986 und war von 1957 bis 1979 Ordinarius an der Universität Heidelberg sowie Inhaber zahlreicher wichtiger Ämter und Funktionen. Conze war ein bedeutender Modernisierer der Geschichtswissenschaft, Begründer des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, inspiriert unter anderem von der strukturgeschichtlichen Betrachtungsweise der französischen Annales-Schule. Er hatte neben Geschichte auch Kunstgeschichte, Soziologie und Slawistik studiert und engagierte sich als junger Historiker auf dem ideologisch kontaminierten Feld der Ost-, Volkstums- und Kulturbodenforschung. In jüngeren Studien zu Conze, vor allem den Monografien von Thomas Etzemüller und Jan Eike Dunkhase, spielt die Frage, wie stark sich die moderne Sozialgeschichte aus dieser völkisch getönten Forschungsrichtung gespeist hat, eine zentrale Rolle. Seinen ersten Ruf hatte Conze

schon 1943 an die Reichsuniversität Posen erhalten, eine nationalsozialistische Musterhochschule. Dort lehrte er aber wegen seines Kriegsdienstes nur wenige Wochen.

Werner Conze gehörte zum Königsberger Schülerkreis von Hans Rothfels, der zusammen mit Theodor Eschenburg Gründungsherausgeber der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte war. Der sehr national denkende Rothfels hatte wegen seiner jüdischen Herkunft seinen Lehrstuhl verloren und emigrieren müssen. Nach dem Krieg kehrte er in die Bundesrepublik zurück und wurde einer der wichtigsten Begründer der neuen Disziplin der Zeitgeschichte. Die 1953 gegründeten Vierteljahrshefte waren dafür ein wichtiges Vehikel. Dass Conze dort im vierten Heft des ersten Jahrgangs einen Aufsatz veröffentlichte, ist offenkundig auf die alte, nach dem Krieg erneuerte Beziehung zwischen ihm und Rothfels zurückzuführen. Conze hatte bereits zum dritten Heft eine Dokumentation über den Sturz des von ihm hoch geschätzten Brüning beigeleitet, es folgten noch zwei kleinere Beiträge 1956 und 1961, damit endete aber seine Mitarbeit.

Ein „Vordenker der Vernichtung“?

Werner Conze gehört zu den Historikern, die wegen ihrer Tätigkeit im Nationalsozialismus ins kritische Kreuzfeuer gerieten, seit die Zunft vor etwa zwei Jahrzehnten ihre eigene Geschichte in den Blick genommen hat. Conze, SA-Mitglied seit 1933 und NSDAP-Parteigenosse seit 1937, wurde von Götz Aly und Susanne Heim in ihrem 1991 erschienenen, gleichnamigen Buch gar unter die „Vordenker der Vernichtung“ eingereiht. Diese wenig ehrenhafte Kategorisierung hat ihm nicht zuletzt ein Beitrag zum Internationalen Soziologen-Kongress eingetragen, der im

August 1939 in Bukarest stattfinden sollte. Wegen des unmittelbar vor der Tür stehenden Kriegs wurde der Kongress zwar abgesagt, aber die eingereichten Vorträge wurden 1940 veröffentlicht. In Conzes Text ging es um die ländliche Überbevölkerung Polens. Diese betrachtete er als ein grundlegendes Strukturproblem nicht nur Polens, sondern ganz Ostmitteleuropas. Er führte es zum einen auf die Bauernbefreiung zurück, weil infolge von Realteilung der Anteil kleinbäuerlicher Wirtschaften stark anwuchs, zum anderen auch auf eine unzureichende Entwicklung der Industrie, die die verarmten Teile der Landbevölkerung hätte aufnehmen können. Darüber hinaus – und das war hier der entscheidende Punkt – sah er als eine wesentliche Problemursache die Besetzung städtischer Positionen in Handel und Gewerbe durch Juden, die, so Conze, der ländlichen Bevölkerung den Zugang versperrten. Zu den Mitteln, der Bevölkerungskrise abzuhelpen, zählte er daher auch, so wörtlich „die Entjudung der Städte und Marktflecken zur Aufnahme bäuerlichen Nachwuchses in Handel und Handwerk“. Wie das vor sich gehen sollte, darüber schwieg Conze sich aus. Man muss aber mitbedenken, dass er es geschrieben hatte, nachdem im Novemberpogrom von 1938 die NS-Führung eine Lawine brutaler antisemitischer Gewalt losgetreten und im unmittelbaren Anschluss die „Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft“ organisiert hatte. Ob ihn das tatsächlich zu einem „Vordenker der Vernichtung“ macht, ist aber zweifelhaft. So wichtig war der damals noch nicht einmal Dreißigjährige wohl nicht. Nicht bezweifelt werden kann aber das antisemitische Denken, das hier zum Ausdruck kam und für das es noch weitere Belege gibt. Es fügte sich im Übrigen bruchlos in die vorherrschende Tendenz der damaligen Ostforschung ein.

Was sind die grundlegenden Thesen des Aufsatzes?

Natürlich stellt sich bei der Relektüre von Conzes VfZ-Aufsatz die Frage, inwiefern sich diese Haltung auch noch 1953 widerspiegelt. Er beschreibt das östliche Mitteleuropa als eine Problemregion, die „im Zeitalter der nationalen und sozialen Emanzipationsbewegungen mit zahlreichen Konfliktstoffen geladen gewesen [ist], aus denen zweimal in unserm Jahrhundert der Funke zu Kriegen der Großmächte sich entzündet hat“. Mit seinem Aufsatz gehe es ihm um die Entwicklung eines zeitgeschichtlichen Verständnisses für die „Verfassungsfrage eines gefährdeten Zwischen- oder Vorfeldes der großen Mächte“. Die Terminologie ist aufschlussreich, vor allem wenn man sie mit der Haleckis vergleicht, der von einer „Zone befreiter Nationen“ spricht.

Auch in diesem Beitrag stützt sich Conze wesentlich auf die erwähnte kritische Einschätzung der Bauernbefreiung und ihrer, wegen des Ausbleibens ausreichender industrieller Entwicklung, problematischen Folgen. Auch was die Rolle der Juden betrifft, bleibt Conze sich in hohem Maße treu: „So stauten sich die Menschen bald als die ‚Arbeitslosen des Dorfes‘ auf dem Lande, ohne daß genügend Abflußmöglichkeit bestand. Denn die Industrie bot nur in geringem Maße Lebensunterhalt; Handel und Gewerbe in den kleinen Städten und Flecken waren in jüdischer Hand und kaum noch zusätzlich tragfähig, im Gegenteil vielfach gewerblich übersetzt. In beschränktem Ausmaß blieb die Auswanderung als Rettung; sie wurde seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zum wichtigsten Ventil.“ (S. 322 f.) Auch wenn hier die 1939/40 noch empfohlene „Entjudung“ nicht mehr auftaucht, erscheinen die Juden doch abermals, wie Jan Eicke Dunkhase schreibt, „als nicht dazugehörig, sondern werden als Störfaktor der im Einzelnen abgehandelten anderen Bevölkerungen der Region genannt“. Mehr noch: Conze übergeht die oft elende

soziale Lage, rechtliche Diskriminierung und häufige gewaltsame Verfolgung der Juden im Zarenreich und Rumänien mit Stillschweigen und evoziert auf diese Weise das Bild einer privilegierten Bevölkerungsschicht. Dazu trägt auch das Beschweigen der jüdischen Auswanderung aus Osteuropa bei, obwohl im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert durchschnittlich jeder vierte Ostjude emigrierte.

Aus seiner anfechtbaren Diagnose folgert Conze: „Daher bedeutete es ein krasses Mißverhältnis zwischen Ideologie und Wirklichkeit, wenn die geistigen Vorbilder für die nationalpolitische Zielsetzung aus Westeuropa oder Deutschland übernommen wurden, ohne daß die dazugehörige Sozialverfassung im Osten entwickelt worden war.“ Insbesondere verweist er auf das Fehlen der „tragenden ‚Middle-Classes‘ [...] durch die eine liberale Demokratie allein lebensfähig ist“. (Den Raum Böhmen und Mähren und damit die Tschechoslowakei, wo sich die Demokratie bis zu den zerstörerischen Interventionen NS-Deutschlands 1938/39 hielt, rechnet Conze dabei nicht zum östlichen Mitteleuropa.) Eine *tour d'horizon* durch die östliche Hälfte des Kontinents führt Conze zu dem Schluss, bei keinem der ostmitteleuropäischen Länder seien die Voraussetzungen für die Schaffung parlamentarischer Demokratien günstig gewesen. Es habe keine stabilen politischen Eliten gegeben, die bäuerliche Überbevölkerung, verschärft durch eine agrarische Absatzkrise, sei eine Belastung gewesen und überdies habe es unter den ländlichen Massen einen hohen Anteil an Analphabeten gegeben.

Eine theoretische Lösungschance für dieses krisenhafte Szenario meint Conze in einer großen Föderation konstitutioneller Monarchien unter deutscher Führung zu erkennen, die nach der Zurückdrängung Russlands im Ersten Weltkrieg möglich geworden sei. Dem habe aber die 1917 bereits prekäre deutsche Kriegslage, der

deutsche Annexionismus und das Misstrauen ostmitteleuropäischer Führungsschichten gegen ebendiesen entgegengestanden.

Von seiner sozial- und strukturgeschichtlichen Analyse kommt er somit zu dem Schluss, der Weg, den Ostmitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg einschlug, habe den gegebenen historischen Voraussetzungen widersprochen. Das ist nicht zuletzt klar gegen Halecki gerichtet, der nicht nur eine optimistische Sicht vertritt, sondern auch bewusst die politische Geschichte in den Vordergrund stellt. Haleckis Position, wonach die ostmitteleuropäischen Staaten in den zwei Jahrzehnten ihrer Unabhängigkeit im Kontakt mit der westlichen Zivilisation und westlichen Demokratien große Fortschritte gemacht hätten, ihre demokratische Entwicklung aber erheblich durch die Nachbarschaft totalitärer Regime in Russland und ab 1933 in Deutschland beeinträchtigt worden sei, will Conze nicht gelten lassen. Halecki berücksichtige die entscheidende Frage nach der Struktur Ostmitteleuropas nicht und bleibe daher ideologisch befangen. Und entscheidend bleibt für Conze das Agrarproblem. Seine Lösung sei die Voraussetzung dafür gewesen, „eine breitere Basis staatstragender Volkskräfte zu schaffen“. Eben das aber sei nicht gelungen. Allerdings muss er einräumen, dass die Agrarreformen in den unabhängig gewordenen Staaten des Baltikums, vor allem in Estland und Lettland, recht erfolgreich waren. Dort seien die Anfänge einer „Bauerndemokratie“ entstanden. Da diese Entwicklung insgesamt im östlichen Mitteleuropa in den Anfängen steckengeblieben oder gar nicht erst begonnen worden sei, und da andererseits die auf ihren Besitz bedachten Bauern gegen die Verlockung des Bolschewismus immun gewesen seien, habe eine dritte Kraft immer stärker an Attraktivität gewonnen, nämlich der Nationalsozialismus. Die faschistischen Massenbewegungen in Estland, Ungarn und Rumänien seien zwar zunächst „intellektuell-bürgerliche Erscheinungen“

gewesen, hätten aber auf das unzufriedene Landvolk ausgestrahlt. Schwächen der politischen Eliten – Conze beklagt vor allem einen Mangel an „Zucht“ wegen des Fehlens eines traditionellen Berufsbeamtentums – und der politischen Systeme hätten zu politischen Krisen geführt. „Die Staaten wurden aus eigener Notwendigkeit vom echten oder vermeintlichen Staatsnotstand in die offene oder verhüllte Diktatur getrieben.“

Bemerkenswert ist, dass sowohl Conze als auch Halecki den ostmitteleuropäischen Diktaturen mit großer Nachsicht begegnen. Immerhin seien die Länder nicht totalitär geworden wie die großen Nachbarn Russland und Deutschland, meint der optimistische Halecki, und Conze bezweifelt gar, ob der Diktaturbegriff auf die autoritären Regime des östlichen Mitteleuropas anwendbar ist. Dennoch ist sein Fazit düster: Die agrarische Strukturkrise sowie ungünstige außen- und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen sowie der Mangel „politischer Gestaltungskraft der kleinen Völker Ostmitteleuropas“ hätten die Aufgabe der Etablierung einer westlichen Struktur „auf dem Boden des Ostens“ nahezu unlösbar gemacht.

Wie sehen Sie den Aufsatz?

Conzes Beitrag kann zwar noch heute für viele spezifische Probleme sensibilisieren, die der Entwicklung der Demokratie in Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit entgegenstanden, aber seine Konzeption ist nicht überzeugend und steckt voller Widersprüche.

Conze zeichnet ein Szenario strukturell bedingter Unausweichlichkeit. Die Politik ist hier im Wesentlichen eine Funktion der Struktur. Allerdings sind die Strukturen weder so einheitlich noch ein so ausschließlicher Bestimmungsfaktor wie er meint. Wie

erklärt es sich etwa, dass in Estland seiner eigenen Einschätzung nach die Agrarreform auf Kosten der alten deutschen Feudalherren recht erfolgreich war, während er zugleich einräumen muss, dass es dort – wie in den ganz anders strukturierten Ländern Ungarn und Rumänien – eine besonders starke faschistische Bewegung gab?

Mehrfach kritisiert Conze überdies die mangelnden politischen Fähigkeiten der Eliten in der untersuchten Zone. Deren Ursache ist wohl weniger in der von ihm betonten Strukturkrise als in der fehlenden Erfahrung der Führungsschichten der neuen Staaten zu suchen. Die politische Kultur spricht er nur im Zusammenhang mit der Tschechoslowakei an, die er aber nicht dem östlichen Mitteleuropa zurechnet. Das mutet etwas willkürlich an, und es entsteht der Verdacht, diese Ausklammerung diene vor allem der Absicherung der Konzeption der „Strukturkrise“. Diese bedingte nach Conze, dass die Staaten „aus eigener Notwendigkeit vom echten oder vermeintlichen Staatsnotstand in die offene oder verhüllte Diktatur getrieben“ wurden. Aber in Bezug auf die litauische und die polnische Entwicklung des Jahres 1926 äußert er selbst Zweifel: „Wenn auch 1926 nicht in präziser Bedeutung von einem akuten Staatsnotstand und daraus folgender Diktatur gesprochen werden kann, so war doch in beiden Staaten eine schleichende Staatskrise des parlamentarischen Regierungssystems zweifellos vorhanden gewesen, so daß den Staatsumwälzungen nicht jeder Sinn abgesprochen werden kann.“ Darüber kann man streiten, aber kaum zu bestreiten ist, dass das, was Conze hier beschreibt, nicht dem Begriff der Notwendigkeit entspricht. Hier, aber auch wenn er dem estnischen Diktator Päts attestiert, er habe seine Diktatur als „Regentschaft für die bedrohte Demokratie“ verstanden und 1937 die Diktatur wieder aufgehoben, wird ein diktaturaffirmativer Grundzug deutlich, der bis zur Naivität gegenüber taktischen

Demokratieversprechen von Diktatoren wie im estnischen Fall führen kann.

Bemerkenswert ist übrigens – das ist etwas, was man u.a. aus Conzes Beitrag lernen kann – dass schon im östlichen Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit der Begriff „gelenkte Demokratie“ im Umlauf war, der in den 2000er Jahren in Russland neue Popularität gewann.

Dem Fortbestehen von Nationalitäten- und Minderheitenproblemen in den neu entstandenen Staaten schenkt Conze auffällig wenig Aufmerksamkeit, obwohl beispielsweise in Polen das ungute Verhältnis zwischen Titularnation und der größten Minderheit, den Ukrainern, ein äußerst problematisches war, das sogar Terrorismus und bürgerkriegsähnliche Unruhen hervorbrachte. Nur eine Minderheit spricht Conze ausdrücklich an, nämlich die Juden. In vieler Hinsicht folgt sein VfZ-Aufsatz dem 14 Jahre zuvor für den Bukarester Soziologenkongress verfassten Papier. Die frühere Empfehlung der „Entjudung“ taucht natürlich nicht mehr auf, doch erscheinen die Juden abermals als Problemfaktor in der Region. Dabei ignoriert Conze nicht nur den ganz unterschiedlich hohen Bevölkerungsanteil der Juden, in Estland zum Beispiel nur 0,4 in Litauen aber 7,5 Prozent, also fast zwanzigmal soviel. Er lässt auch Not, Diskriminierung, Verfolgung und Auswanderung der osteuropäischen Juden völlig außer Acht. Juden erscheinen ausschließlich als Problemgruppe, die den Zuzug der Landarmen in die Städte versperrt, so dass ihnen nur die Auswanderung bleibt. Nicht erwähnt wird, dass Juden anteilmäßig wohl die größte Auswanderergruppe stellten. Nicht einmal in Erwägung gezogen werden die möglichen Leistungen der jüdischen Bevölkerung für Modernisierung, industrielle Entwicklung und Demokratie.

Völlig außerhalb der Betrachtung bleibt auch die Bedeutung der bürgerlichen Rechtsgleichheit für die Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft, die auch die Gleichberechtigung von Minderheiten bedingt.

Wenn Conze aber die Juden als einen ursächlichen Faktor der Strukturkrise einstuft, welche die Etablierung demokratischer Verhältnisse in Ostmitteleuropa verhindert habe, gerät er in einen Widerspruch. Denn letztlich verweist seine vorurteilsbeladene Problemdiagnose, auch wenn das anders als 1939 nicht mehr direkt ausgesprochen wird, in Richtung Entrechtung und nicht in Richtung Emanzipation. Die völkischen Wurzeln von Conzes Strukturgeschichte liegen hier noch ganz offen zutage.

Was kann man aus heutiger Sicht zu dem Text sagen?

Blickt man aus der Perspektive des Jahres 2017 zurück auf Conzes Analyse verliert sie noch mehr von ihrer Überzeugungskraft, es mehren sich allerdings auch die Zweifel, ob Haleckis Feststellung von 1952, die Völker Ostmitteleuropas sehnten sich „mehr als je zuvor danach“, der Freien Welt „im Geiste ihrer eigenen demokratischen Vergangenheit und ihres kulturellen Erbes wieder anzugehören“. Denn obwohl praktisch alle Faktoren, die Conze für das Scheitern der „Bauerndemokratien“ verantwortlich macht, durch den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust sowie die Industrialisierungspolitik der kommunistischen Regime der Nachkriegszeit beseitigt worden sind, und obwohl fast alle Staaten von Haleckis Ostmitteleuropa mittlerweile

Mitglied der Europäischen Union und der NATO sind, die sich auf einen demokratischen Wertekanon berufen, lugen in der Erinnerungskultur allenthalben die autoritären Gespenster der Zwischenkriegszeit hervor, die Piłsudkis und Dmowskis, die Horthys, Antonescus und Ulmanis und Konsorten. Vor allem die offene zur Schau getragene Verachtung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen im heutigen Polen und Ungarn ist bedrückend und ohne Rückgriffe auf die Zwischenkriegszeit nicht erklärbar. Conzes Aufsatz von 1953 kann für die Traditionswurzeln ostmitteleuropäischer Demokratiedefizite sensibilisieren. Erklärungen hält er nicht bereit. Er ist aus heutiger Sicht weniger eine Diagnose der Lage des östlichen Europas, als vielmehr ein Symptom vor- und antidemokratischer Residuen, deren sich ein bedeutender Historiker der Bundesrepublik nach 1945 nicht entledigen konnte.

Literatur:

Werner Conze: Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropa vor und nach 1919, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953) H. 4, S. 319-338.

http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_4.pdf

http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_4_2_conze.pdf

Oskar Halecki: Grenzraum des Abendlandes. Eine Geschichte Ostmitteleuropas. Salzburg o.J. [1956], engl. Erstausgabe: Borderlands of Western Civilization. A History of East Central Europe. New York 1952.

Thomas Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945. München 2001.

Jan Eike Dunkhase: Werner Conze. Ein deutscher Historiker im 20. Jahrhundert. Göttingen 2010.

Irena Grudzińska-Gross: The Backsliding, in: East European Politics and Societies and Cultures. Volume 28, Number 4 (November 2014) S. 664–668.

Jürgen Zarusky, Institut für Zeitgeschichte

Die Videokolumne können Sie hier ansehen: <http://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/videokolumne-rueckblicke/>